

Fraktion im Kreistag Gütersloh

**Fraktionssprecherin
Helga Lange**

Schultenstr. 6
33790 Halle (Westf.)
fon: 05201 828248
fax: 05201 665232
helga.lange@indiweb.de

**Haushaltsrede Kreistag 08.03.2010
Es gilt das gesprochene Wort**

Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Neue Besen kehren gut, sagt ein Sprichwort! Daran haben Viele geglaubt als Ende Oktober die schwarz-gelbe Koalition in Berlin startete. Das böse Erwachen, insbesondere für unsere Kommunen, ließ nicht lange auf sich warten. Während unsere Städte und Gemeinden durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem dramatischen Rückgang der Gewerbe- und auch Einkommensteuereinnahmen zu kämpfen haben, werden sie jetzt noch zusätzlich durch die Gesetzgebung von Bund und Ländern weiter ausgeplündert.

Durch das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden zwar Familien durch Anhebung des Steuerfreibetrages und das Kindergeld entlastet – davon profitieren allerdings kaum die Familien mit geringen Einkommen - entlastet werden Erben um bis zu 2 Mrd. Euro und ganz wichtig für die FDP, die Hoteliers werden mit sage und schreibe 1-1,5 Mrd. Euro beglückt. Geld, das den Kommunen zur Erledigung ihrer dringendsten Aufgaben fehlt. Schlimmer noch, Geld, das die Kommunen den Bürgern und Bürgerinnen wieder aus der Tasche ziehen müssen durch höhere Steuern und Gebühren, Erhöhung von Eintrittspreisen oder die Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung.

Das sind vergiftete Steuergeschenke. Die Zeche für das Schuldenbeschleunigungsgesetz und die Rekordverschuldung müssen die nachfolgenden Generationen zahlen!

Nach Angaben von Innenminister Wolf verlieren die Kommunen zusätzlich 350 Mio. Euro. Dies wären pro Kopf 18,92 Euro. Das klingt in Zeiten, in denen nur noch in Mrd. gerechnet wird, vergleichsweise wenig, bedeutet aber auf die Kommunen des Kreises Gütersloh heruntergebrochen über 6,8 Mio. Euro.

Nur noch zehn Prozent aller Städte und Gemeinden in NRW haben einen ausgeglichenen Haushalt, 60 % stehen in 2010 am Rand der Haushaltssicherung. Auch der Kreis Gütersloh wird seine Ausgleichsrücklage in 2010 um 5,6 Mio. Euro verringern und damit komplett aufgebraucht haben. Damit schwebt auch über dem Kreis Gütersloh das Damoklesschwert der Haushaltssicherung.

Aber das ist ja noch nicht alles:

Durch die Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende von 31,2 auf zuletzt 23,6 Prozent wurden weitere finanziellen Lasten auf die Kommunen abgewälzt.

Auch auf den erhöhten Kosten für den Kita-Ausbau infolge des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ab 2013 werden wir sitzen gelassen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Betreuungssituation auch für unsere ganz Kleinen deutlich verbessert, aber diese Bundesregierung - und die Landesregierung ist nicht besser - hat die Prinzipien der Konnexität im Altpapier entsorgt.

Und 2011 soll die Steuerentlastungsorgie von bis zu 20 Milliarden Euro durch die Einführung eines Stufentarifs in der Einkommensteuer und die Abschaffung der Gewerbesteuer noch weitergehen. Dann kämen zusätzliche Belastungen auf die Kommunen zu. In vielen kommunalen Einrichtungen gehen dann die Lichter aus. Die Demontage der kommunalen Selbstverwaltung wird sich weiter zuspitzen und in vielen Kommunen zum finanziellen Kollaps führen. Wir hoffen, dass CDU und FDP in Berlin noch zur Vernunft kommen und die Pläne dahin packen, wo sie hingehören: in den Müll!

Somit sind die Rahmenbedingungen äußerst schlecht und die Spielräume für die kommunalen Haushalte zur Gestaltung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Finanzwirtschaft kaum noch vorhanden.

Der Kreis Gütersloh zählt zu den finanzstärksten in ganz NRW und möchte der familienfreundlichste Kreis Deutschlands werden. Letzteres allerdings verträgt sich nicht mit einigen Sparanträgen der Mehrheit insbesondere im Bildungsbereich. Wir verstehen unter Familienfreundlichkeit nicht, dass eine Familie möglichst kurvenfrei mit dem Familienauto von A nach B kommen kann, sondern das Vorhalten optimaler Bildungsinfrastruktur, bedarfsgerechter Betreuungsangebote, Ganztage, frühe Hilfen, Schulsozialarbeit und vieles mehr. Während im Straßenneubau offensichtlich kein Sparpotential besteht, sind CDU/FDP im Bildungsbereich fündig geworden.

Bei der Schulsozialarbeit an Berufskollegs haben sie ja glücklicherweise noch mal die Kurve bekommen. Aber was ist das für eine Politik: Schulsozialarbeit streichen und dann doch nicht streichen, ein Antrag und noch ein Antrag, die Verwaltung und die Fraktionen mit unnötigen Vorlagen in Atem halten! Und dann wird das Ganze als große Wohltat in der Zeitung abgefeiert!

Das Büro des Kreistages hat in den vergangenen Wochen bei der Antragsflut von CDU/ FDP kühlen Kopf bewahrt und den Überblick nicht verloren. Vielen Dank Herr Hellweg, Frau Hanswille und Frau Frigge, aber auch an die Kämmerei und Herrn Kleibekel und Alle, die mit viel Engagement während der Beratungen des Haushaltplanentwurfs - und nicht nur dann - Mehrarbeit und Überstunden leisten mussten.

Zurück zum Bildungsbereich: Während die Kreismusikschule in diesem Jahr noch ungeschoren davon kommt, drohen für die nächsten Jahre doch erhebliche Einschnitte. Auch wir wollen ein Konzept, das Einsparpotentiale aufzeigt, sagen aber ganz deutlich, wir wollen auch wissen, welche Konsequenzen damit für die Qualität, das Angebot und die Beschäftigten verbunden sind. Der stumpfe Vergleich mit privaten Anbietern zieht nicht, da die Kreismusikschule Leistungen z. B. im Bereich Frühförderung übernimmt, die nicht kostenpflichtig sind. Eine gute musikalische Grundausbildung ist Lebensqualität und zeichnet einen familienfreundlichen Kreis aus. Wir wollen Qualität in der Breite kreisweit sichern.

In 2003 haben wir dem Kreismedienzentrum bereits einen spürbaren Sparkurs verordnet. Ungeachtet der deutlichen Aussage der Verwaltung, dass eine weitere Einschränkung der Dienstleistung ohne den Bestand des Kreismedienzentrums insgesamt in Frage zu stellen nicht mehr möglich ist, wird der Ansatz halbiert. Gerade bei den neuen Medien heißt, wer nicht up to date ist, ist von vorgestern. Das wollen wir nicht.

Seit vielen Jahren investieren wir in den Bereich Übergang Schule und Beruf erhebliche Mittel, um unseren jungen Menschen alle Chancen zu eröffnen erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren und dann auch in eine Erwerbstätigkeit zu gelangen. So hat sich in den vergangenen Jahren ein Geflecht von ineinandergreifenden und sich ergänzenden Maßnahmen entwickelt, alle mit dem Ziel, Versagensbiografien bei den jungen Menschen zu vermeiden und ihnen reelle Chancen zu eröffnen. Jedes Projekt richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn ein Projekt herauszustreichen nur weil die Kosten- Nutzenrelation eine andere ist als bei den übrigen Projekten, wenn es sich hier um eine besonders schwierige Zielgruppe handelt. In naher Zukunft droht ein erheblicher Fachkräftemangel und wir müssen alles tun, um alle jungen Menschen zu qualifizieren und sie zu möglichst hochwertigen Abschlüssen zu führen. Nur so können sie der Hartz IV – Falle entgehen und sind vor Beschimpfungen eines Guido Westerwelle geschützt. Unsere jungen Menschen wollen es sich nicht in der Hängematte unseres Sozialsystems bequem machen, sie wollen Ausbildung, Arbeit, Auskommen und Lebensqualität. Das wollen wir ihnen ermöglichen.

Ungeachtet der deutlichen Empfehlung der Verwaltung, die Förderung der Verbundausbildung durch FARE aufrecht zu erhalten, weil das Angebotssegment dringend erforderlich ist, fällt das Projekt dem schwarz-gelben Rotstift zum Opfer. Im Schulausschuss folgen dann weitere planlose Streichanträge, die überfallartig auf den Tisch gepackt wurden: 20.000 Euro bei BING, Kürzungen beim Kompetenzcheck und Sperrvermerke für die Kompetenzagentur und beim Ravensberger Bildungshaus. Letzteres ist ein Projekt das gerade erfolgreich angelaufen ist und sich großer Beliebtheit erfreut. Diese kompetenzlosen Anträge werden dann allerdings ohne das sich die Fakten geändert haben, wieder kassiert. Aber die FARE bleibt auf der Strecke.

Ebenso auf der Strecke bleiben bis 2012 die Arbeitslosenberatungsstellen. Hier wird ein niederschwelliges Angebot, dass die Leistungen der Gt aktiv sinnvoll ergänzt, für ein besonders schwieriges Klientel mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, kaputt gespart.

Vielleicht ist es ja dem heutigen internationalen Frauentag geschuldet, dass die Frauenberatungsstelle sogar ein Plus von 9.000 Euro verbuchen darf. Und bei der Förderung der Familienplanung hat die CDU die SPD auch noch links überholt und den Ansatz stärker erhöht. Weitere Wohltaten im Bereich Soziales gibt es allerdings nicht zu vermelden.

Weder die Förderung der Wohlfahrtspflege noch die der Migrationsarbeit haben eine Lobby bei Schwarz-Gelb. Es wird nicht einmal hinterfragt, wie denn die unzweifelhaft wichtige Migrationsarbeit im Kreis Gütersloh in Zukunft sicher gestellt werden soll. Es ist skandalös, dass auf der einen Seite die unzureichende Integrationsleistung angeprangert und auf der anderen Seite der Arbeit hierzu die Unterstützung entzogen wird. Lapidare Begründung: Pauschalierte Förderungen seien nicht mehr zeitgemäß. Gerade diese unbürokratische Förderung war ein großer Fortschritt und hat den Einrichtungen Planungssicherheit gegeben.

Während die schwarz-gelbe Bundesregierung seit Antritt die Steuerzahler mit der Schaffung von sage und schreibe 1000 neuen Stellen in den Ministerien belastet, glaubte die Mehrheit im Kreistag zunächst die Befristung einer zusätzlichen Erziehungsberatungsstelle beantragen zu müssen. Wer bei der Erziehungsberatung spart, längere Wartezeiten in Kauf nimmt und Problemlagen nicht frühzeitig durch Unterstützung entschärft, erzeugt ein Vielfaches an Kosten an anderer Stelle. Prävention heißt auch bei den Beratungsangeboten das Zauberwort. Glücklicherweise kehrte bei dieser Stelle die Einsicht ein und auch dieser Antrag wurde dann wieder zurückgezogen.

Aber ausgerechnet bei den Beratungsstellen für Nichtsesshafte soll eine Stelle eingespart werden. Eine Schreibkraft muss gehen und die Arbeit muss dann zu Lasten der Beratung mitgeleistet werden. Nichtsesshafte haben keine Lobby.

Nach monatelangen zeitweise nervenaufreibenden Verhandlungen um eine neue vertragliche Regelung für die interdisziplinäre Frühförderung, konnte eine Einigung mit allen Beteiligten gefunden werden. Vielen Dank Herr Jung für ihren Einsatz. Eindeutige Gewinner sind die behinderten Kinder und die Kinder, die von Behinderung bedroht sind, weil jetzt eine lückenlose Gewährung von Komplexleistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht, sichergestellt werden kann. Wir werden aber sehr wohl kritisch im Blick behalten, wie sich die Kostenreduzierung auf die Qualität der Leistung dieser wichtigen Form der „Frühen Hilfe“ auswirkt. Wir halten es für dringend erforderlich, dass der Kreis sich in seiner Vorreiterrolle für eine wissenschaftliche Evaluation auf Bundes- oder Landesebene stark macht.

Alle Fraktionen möchten die Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten erreichen. Aber vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation sind solche Pläne zurzeit nicht zu realisieren. Und bei der Kassenlage von Bund und Land ist Unterstützung von der Seite nicht zu erwarten. Eine völlige Beitragsfreiheit würde eine zusätzliche Belastung des Kreishaushaltes von ca. 10 Mio. Euro bedeuten. Geld, das die Kommunen über die Kreisumlage aufbringen müssten. Das ist nicht verantwortbar!

Das Land geht von einer Elternbeitragsquote von 19 % aus. Nach einer kurzfristigen Festsetzung bei 14% sehen wir uns nun gezwungen wieder auf 16% anzuheben, wobei 3% weiterhin beim Kreis verbleiben, immerhin 1,4 Mio. Euro, für die es vom Land keinen Ausgleich gibt, sondern als Mehrbelastung bei unseren Kommunen zu Buche schlagen.

Um eine Entlastung der unteren Einkommen zu erreichen, haben wir beim Elternbeitrag die Anhebung der Einkommensuntergrenze auf 20.000 Euro beschlossen. Das ist sozialpolitisch unbedingt erforderlich. Das bedeutet aber auch, dass die Einkommensobergrenzen angehoben werden mussten, auch dazu stehen wir. Die Beitragstruktur allerdings sollte nach unserer Vorstellung möglichst bald auf ein lineares System umgestellt werden. Nur das ist gerecht und die harten Beitragssprünge können vermieden werden.

Der weitere Ausbau des Frühwarnsystems, von uns schon immer gefordert, von der SPD jetzt beantragt und von Allen beschlossen, ist die logische Fortsetzung hin zu einem lückenlosen, niederschweligen Angebot früher Hilfen und darüber hinaus. Je früher wir Hilfebedarfe aufspüren und die Familien unterstützen, desto erfolgreicher können die Maßnahmen wirken. Prävention ist auch hier letztlich das effektivste Sparmodell. Wir wollen erreichen, dass die Kooperation an den Schnittstellen der Hilfesysteme noch intensiver wird. Das gilt auch für die Vernetzung der Familienzentren mit den frühen Hilfen und später für eine verstärkte Kooperation von Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, Psychiatrie sowie dem Bereich Arbeit und Soziales.

Wir freuen uns, dass die Investitionen zur energetischen Gebäudesanierung ohne große Diskussionen fortgeführt werden. Hier gibt es auch weiterhin erheblichen Handlungsbedarf, um unsere Gebäude fit für die Zukunft zu machen, den CO₂ Ausstoß zu verringern, den Energieverbrauch deutlich abzusenken und die Effizienz zu steigern. Maßnahmen, die in hohem Maße der heimischen Wirtschaft zu Gute kommen. Wir wollen das ehrgeizige Ziel 40% CO₂ einzusparen, auch erreichen. Klimaschutz genießt inzwischen eine unbestreitbar hohe Priorität.

Die Finanznot kann noch so groß sein, aber die heilige Kuh „Straßenneubau“ wird nicht geschlachtet. Investitionen in unnötige Kurvenbegradigung, Neubaustrecken und Maßnahmen, um den motorisierten Verkehr geschmeidig zu machen, lehnen wir ab. Das ist ökonomisch wie ökologisch nicht vertretbar und schon gar nicht nachhaltig. Im Kreis Gütersloh werden die Prioritäten in diesem Bereich weiterhin falsch gesetzt.

In diesem Zusammenhang verteilen wir heute den Asphaltpreis des Jahres 2010 an die SPD-Fraktion. Jahrelang hat sie mit uns gegen die Hollerstraße gekämpft und nun reiht sie

sich, ohne dass es neue, schlagkräftige Fakten gibt, nahtlos bei den Kurvenbegradigungsfraktionen ein. Der sozialdemokratische Erkenntniszugewinn kann weder ökonomisch noch ökologisch begründet sein. Das Projekt ist kurzfristig, überflüssig und eine Verschwendung von Finanzressourcen.

Unsere Priorität liegt bei der K49! Hier kämpfen wir für den Radwegelückenschluss und die dringend notwendige Fahrbahnsanierung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Wir akzeptieren die Hinhaltenaktik von Verwaltung aber auch der Politik nicht länger. Für 2010 wurde diese Maßnahme vollmundig versprochen. Haben Sie das vergessen? Und die Geschichte mit den Grundstücksproblemen glauben wir der Verwaltung schon lange nicht mehr. Wer einmal im Jahr verhandelt, kommt auch nicht zum Abschluss!

Wir sagen ein klares Ja zu Fahrbahnsanierungen – und da werden wir in diesem Jahr nach dem strengen Winter erhebliche Mittel benötigen - und ein klares Ja zu Radwegen. Aber Radwegebau darf nicht länger nur im Zusammenhang mit Straßenneutrassierung realisiert werden. Radwege müssen nach einem eigenen Verkehrswert betrachtet und realisiert werden.

Es muss offensichtlich ein besonderes Vergnügen bereiten, die Streichung von Fraktionszuwendungen zu beantragen, die von der eigenen Fraktion nicht benötigt werden. Nur so kann ich den populistischen Antrag der FWG/UWG, die Fraktionszuwendungen um 15% zu kürzen, verstehen. Im vergangenen Jahr haben wir uns nach Wochen langen Diskussionen auf eine Neuverteilung verständigt. Geben Sie doch gerne die Mittel zurück, die Sie nicht benötigen, aber greifen Sie nicht denjenigen in die Kasse, die sie sinnvoll verwenden möchten und davon ihr Personal bezahlen müssen.

Im Gegensatz zu uns muss Ihre Homepage, Herr Sieweke, offensichtlich nur alle 10 Jahre aktualisiert werden. Kurz vor der Kommunalwahl 2009 wurde auf ihrer Seite noch das Wahlergebnis von 1999 abgefeiert und z.B. Koni Löhr als Kreistagsmitglied vorgestellt. Wir aber wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger eine aktuelle Homepage vorhalten, professionelle Arbeit leisten, zeitnah informieren und mit den Menschen kommunizieren. Außerdem wollen wir uns qualifiziert mit den anstehenden Aufgaben auseinandersetzen, zu den einzelnen Fragen recherchieren, Vorlagen hinterfragen und wohldurchdachte Anträge stellen. Unser Ehrgeiz ist es auch, dem enormen Wissensvorsprung der Verwaltung Paroli bieten zu können. Für die heutige Sitzung mit 54 Tagesordnungspunkten waren immerhin 55 Drucksachen zu bearbeiten. Das aber können wir nur, wenn wir auch eine auskömmliche Ausstattung und das dafür notwendige Personal haben. Und eine 400 Euro Stelle ist kein Luxus.

Wir haben uns letztendlich Fraktionsübergreifend darauf verständigt, dass die Sachkosten 2010 um 15 % einmalig gekürzt werden, so wie es auch von der Verwaltung verlangt wird.

Ungeachtet der Tatsache, dass viele Projekte mit diesem Haushalt auch ungekürzt fortgeführt werden können, enthält der Haushalt 2010 einige für uns nicht vertretbare Kürzungen und Prioritäten insbesondere im Straßenneubau, die weniger in ihrer Höhe beunruhigend sind, sondern eine Tendenz zur sozialen Schieflage und ökologischen Unvernunft haben. Deshalb lehnen wir den Haushalt ab.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung anschließen: Bei intensiverer Kommunikation im Vorfeld hätte so mancher Antrag nicht geschrieben und so manche Vorlage nicht produziert werden müssen. Wir hätten der Verwaltung und uns viel Arbeit und Papier erspart und nur die dann noch strittigen Fragen kontrovers abgestimmt. Ich bin sicher, das wären nur wenige gewesen.

